
1902/J XXIII. GP

Eingelangt am 07.11.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Drⁱⁿ Sabine Oberhauser, Broukal
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend „Kosten eines Studienplatzes an der Medizinischen Universität Wien, Graz und
Innsbruck“

Immer wieder hört man von VertreterInnen der Medizinischen Universitäten die Aussagen, es wäre nicht möglich mehr MedizinerInnen auszubilden, da die dafür notwendigen Ressourcen nicht zur Verfügung stünden. Klare Aussage der Rektoren: Man brauche mehr Geld um mehr Studierende aufnehmen zu können.

Der Rechnungshof stellt nun in seinem aktuellen Bericht (Bund 2007/14) unter dem Punkt „Medizinische Universitäten Wien, Graz und Innsbruck sowie Veterinärmedizinische Universität Wien: Regelungen über den Hochschulzugang“ fest, dass es den Medizinischen Universitäten mit Ausnahme der VetMed Wien gar nicht möglich ist, die Kosten eines Studienplatzes zu beziffern. Der Rechnungshof empfahl den Universitäten daher, "ihr Rechnungswesen bezüglich der Ermittlung von Studienplatzkosten zu verbessern".

Bisher wurde also mit einem unbelegten Argument die Möglichkeit von der Hand gewiesen, mehr MedizinerInnen auszubilden um dem drohenden ÄrztlInnenmangel entgegen zu treten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage:

1. Welche Schritte hat das BMWF bisher unternommen, um die Kosten eines Studienplatzes an den Medizinischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck zu erheben?
2. Bis zu welchem Zeitpunkt gedenkt das BMWF die Kosten für einen Studienplatz an den Medizinischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck zu erheben?
 - a) Welche unterstützenden Maßnahmen für die Universitäten wird das BMWF hierzu anbieten?
3. Welchen Zwecken werden die Studiengebühren, die an den Medizinischen Universitäten eingehoben werden, gewidmet?